

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 12 (1918)
Heft: 8

Artikel: Gedanken zur Reform der Presse
Autor: Wiener, Meir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-134341>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

für ihre süddeutschen Brüder ein. Die Glaubenskämpfe zeigten wieder oftmals das Zusammenschlagen der Herzen verschiedener Völker. Im 18. Jahrhundert hat die Schweiz einen höchst bedeutsamen Einfluß als Vermittler der englisch-französischen Aufklärung nach Deutschland hinüber geübt. Später haben die Demokraten und Sozialisten Deutschlands an der Schweiz ihren wichtigsten Stützpunkt gehabt.

Die Gegenwart stellt die neutralen Demokratien vor noch größere, schwere, aber ehrenvolle Aufgaben. Freilich kann die geistige Befreiung eines Volkes nicht bloß von außen her erfolgen. Die besten Kräfte in ihm müssen für diesen Kampf gewonnen und organisiert werden. Hier liegt aber eben die ungeheure Anfangsschwierigkeit. Man hat früher die Proletarier oft als „classe dange-reuse“ bezeichnet. In Wirklichkeit verdienen die Intellektuellen diese Bezeichnung weit mehr, vor allen anderen aber die Intellektuellen Deutschlands. Sie stehen heute größtenteils mit Hingabe im Dienst des Gewaltstaats, dessen Idee sie ganz erfüllt. Die oppositionelle oder kritisch gestimmte Minderheit ist völlig ausgeschaltet. Manche leben in der Emigration, andere unter strengstem militärisch-polizeilichen Druck, wieder andere sind des Brots halber gar auf den Frondienst in der patriotischen Meinungsfabrik angewiesen. Nur eine großangelegte, sorgfältigst vorbereitete Offensive kann in diese geistige Front Bresche schlagen und hierfür wäre die Mithilfe eines Kontingents aus neutralen Ländern von größter, vielleicht entscheidender Bedeutung. Die Gelehrten, Literaten und Künstler mögen jeder ihren Stein zu dem Neubau des Humanitätsideals beitragen; die Propagandisten mögen die Grundgedanken in gangbare, kleine Münzen umprägen und diese in Umlauf setzen. Der Kaufmann und Industrielle müßte hierbei der natürliche Bundesgenosse oder stille Teilhaber sein. Jeder Kampf erfordert auch ganz bedeutende materielle Mittel. Erst wenn die Offensive weit vorgetragen wurde, kann die Armee ihre Kriegsmittel aus dem Lande selbst ziehen. Läßliche Gesinnung hat reiche Mittel zur Befehrung der Regier und dergleichen mehr gespendet. Wieviel nötiger wäre es heute, Europäer zu christlichem Fühlen zu befehren! Vor allem aber bedarf es der Organisation, des Zusammenschlusses zu arbeitsteiligem Wirken, der jeder Einzelkraft die richtige Stelle zuweist und ihre Wirkungsmöglichkeit vervielfacht.

Gedanken zur Reform der Presse.

Die Presse ersetzt heute Religion, Wissenschaft und das Denken überhaupt; alle finden wir unser Tun in der Presse vorgezeichnet, unser Denken vorgedacht, unsere Freude vorgejubelt, unsere Tränen vorgeweint. Wer vermag sich dem Zwang der fort-

währenden Suggestion zu entziehen, wenn er auch meint, über sie zu stehen? Der Zeitungsmann selber kann der Atmosphäre seiner Zeitung nicht widerstehen. Ist uns diese gewaltige Macht der Presse zum Heil geraten, ist sie eine Kundgebung gütigen, weisen, reinen Geistes? Nie gesehenes Verderben gibt darauf Antwort. Viele, wahrlich nicht die Schlechtesten und Törichtesten meinen, man könnte auf die politische Presse überhaupt verzichten; begibt man sich aber der politischen Beeinflussung, so wird dadurch nicht allein der schlechte, sondern auch der gute Einfluß getroffen, und das schlechteste Bestehende wird vor dem besten werdenden geschützt. Der Kampf muß sich darum nur gegen die unberufene Presse wenden, um so der berufenen zum Sprechen zu verhelfen.

Die moderne Zeitung ist privates Geschäftsunternehmen, auf Eigengewinn gerichtet. Diesem Geschäft, dessen Absichten durchaus nicht als rein erwiesen dastehen, wird wie keiner anderen staatlichen Institution weitgehendster Einfluß auf das Leben der Gemeinschaft eingeräumt. Wie darf gelitten werden, daß des Volkes höchster Lehrer und Berater in allen Lagen des Lebens, ein aufgedrungenes, auf Gewinn gerichtetes Geschäftsunternehmen sein soll? Eine Horde Seelenverkäufer überschreien einander, bieten ihren käuflichen Rat feil, und Menschen besten Willens nehmen ihn dankbar ab; verschmähen sie ihn aber, so atmen sie doch die Luft um ihn ein. Wie jedes andere Geschäft, hat auch die Presse sich selber zum Ziel, sie dient ihren Unternehmern, und nicht der Gemeinschaft, — wie kann in ihr der Leser sein Heil suchen? Eine Institution, die größte Uneigennützigkeit, Verantwortlichkeitsgefühl und Reinlichkeit der Gesinnung zur Voraussetzung hat, wird dem privaten Unternehmungsgeist, den Zufällen des Konkurrenzkampfes überlassen. Jene Zeitung besiegt alle andere und bekommt den größten Einfluß, die sich am „geschicktesten“ dem Augenblick anzupassen weiß und ihre Interessen wahrzunehmen versteht, die am wenigsten feste Grundsätze hat und am geschmeidigsten ist, die größte Schlaueit mit Habsucht zu verbinden versteht. Wer es zu dieser Vollkommenheit nicht bringt, unterliegt: die reine Zuchtwahl zum Bösen. Auch hier führt der auf Gewinn gerichtete Wettstreit „Verschlechterung der Produktion“ herbei. Jede Zeitung, die ein Privatunternehmen ist und sich selber zum Ziel hat, ist von Uebel und muß bekämpft werden. Mit schwerem Bangen gewahren wir spät genug, wohin diese Führer uns führen.

Der Redakteur steht nicht im Dienst der Gemeinschaft, sondern Einzelner; die Beweggründe seines Wirkens sind die des Kaufmanns. Eine Wahl- oder Propagandarede sich bezahlen lassen, gälte als ehrlos, die politischen Mitarbeiter der Presse lassen sich ihre geschriebenen Propaganden mit ruhigem Gewissen, öffentlich bezahlen: ihr Geschäft ist Belehren, Ratgeben ihr „freier“ Beruf, da aber ihr Ziel ihr Geschäft ist, muß in Konflikten des Geschäftes mit dem Gewissen, das Geschäft siegen. Der „beste“ Journalist ist, wer sich am besten dem

Augenblick anzupassen weiß, der jeden Augenblick bereit ist, seines Herzens Gott dem Teufel zu opfern; wer dies am besten versteht, der geschmeidigste, gewandteste, geschäftsfähigste wird Redakteur. Sein Ziel ist Gedeihen seiner Zeitung und ihrer Tendenzen, gleichviel ob sie mit dem Wohl der Gemeinschaft, in deren Diensten er nicht steht, übereinstimmen, oder nicht.

Verdient der politische Journalist unser Vertrauen, kennen wir ihn überhaupt? Ein bezahlter Ratgeber, der geschäftswegen für alles Rat zu wissen hat; gleichviel ob er sich im Augenblick berufen fühlt oder nicht, muß er auf die Daten des oft noch unfertigen Geschehens seine zwangsweise gesammelten Geister wie Scheidewasser wirken lassen, und die erfolgte Lösung, die eher Zerfetzung ist, der Gesellschaft als heilbringende Wahrheit vorsehen; dafür wird er auch bezahlt. An der gegebenen politischen Situation ist er selber selten seelisch beteiligt, er hat für sie meistens nur sein geschäftliches, höchstens aber theoretisches Interesse übrig. Selten ist der Journalist ein von Berufung zur Führerschaft Durchglühter, seine Liebe zur Gemeinschaft ist bezahlt. Selten ist er ein kraftstrotzender voller Mensch, welcher spricht, weil er nicht anders kann, meistens ein traurig Gleichgültiger, der schreibt, weil er nicht anders verdienen kann. Unter halber oder ganzer Anonymität versteckt, wälzt er die moralische Verantwortlichkeit von sich auf den „verantwortlichen“ Redakteur, der aus Geschäft und „Beruf“ dem Buchstaben des Gesetzes gegenüber verantwortlich ist. Moralische Verantwortung kennt der Journalist nur gegenüber der Zeitung, oder „der Macht, die hinter ihr steht“. Beiträge von Nichtjournalisten, die gelegentlich der Gemeinschaft etwas zu sagen haben, diese edelste berechtigtste Gelegenheitspublizistik, wird mißtrauisch und ungern gesehen; jedenfalls aber erst vom Standpunkt des Geschäftsinteresses geprüft; denn die Zeitung, gleichviel ob sie Dividenden zahlt, oder von Interessenten bezahlt wird, ist nicht der Gemeinschaft wegen da. Dies der Grund, warum sie die natürliche „Verbündete aller schlechten Geister“ werden muß.

Die größten Mißstände der Presse sind also: ihr privater, rein geschäftlicher Charakter, die willkürliche autokrate Ernennung der Redakteure, und der bezahlte Berufsjournalismus; mit ihrer Abschaffung ist die Bahn zur Reform beschritten.

Entstammt die gegenwärtige Presse der Initiative Einzelner, und ist für diese Einzelnen auch da, muß sie in Zukunft aus der Gemeinschaft, für die Gemeinschaft kommen; darum muß sie vom Besitz Einzelner in den der Gemeinschaft übergehen: sie muß *verstaatlicht* werden. Dies ist keine Einschränkung der Freiheit, ebensowenig wie das Verbot der Kurpfuscherei und Falschmünzerei. Wie die Universität, das Gericht ohne Abhängigkeit vom Staat, staatlich ist, so muß es in Zukunft auch die Presse werden; dann erst wird sie sich allen in der Gemeinschaft schlummernden Möglichkeiten öffnen. Die Einrichtung des Geschworenengerichtes kann uns darüber belehren, wie eine Insti-

tution aus der Gemeinschaft für die Gemeinschaft, staatlich aber völlig unabhängig sein kann. Der Staat finanziert die Zeitung, bekommt den Gewinn, ohne daß ihm geringster Einfluß auf den Geist der Presse eingeräumt wird. Der Presse Ziel wird dann mit dem Wohl der Gemeinschaft identisch werden; ihre Vergehen aber werden dann eben Vergehen der Gemeinschaft sein. Nicht mehr auf den momentanen Gewinn gerichtet, wird sie mit ruhigem Gewissen weitsichtig sein dürfen, zum Wohl der Gemeinschaft, wie sie früher kurzfristig sein mußte, zum Wohl der privaten Eigentümer. In natürlicher Weise wird dadurch auch die gefährliche Konkurrenz der „viel zu vielen“ Zeitungen aufhören. Der Gefahr geistiger Stagnation einer solchen Presse wird vorgebeugt, indem jedem Bürger die Gründung neuer Zeitungen ermöglicht wird, die dann nach einiger Zeit, im Falle der Bewährung, auch verstaatlicht werden sollen. Die Presse als Eigentum der Gemeinschaft wird sein wie die Gemeinschaft, wird ihr Wollen und Wesen äußern, ob schlecht ob gut wird dann die Gemeinschaft jene Presse haben, die sie verdient. Ebenso wenig wie Böses, darf auch Gutes nicht mit Gewalt aufgedrungen werden. — Die erste Forderung ist darum: die Presse muß Eigentum der Gemeinschaft werden für die sie erscheint.

Wird heute der Redakteur vom Kuratorium der Aktiengesellschaft, oder der „Macht, die hinter ihr steht“ gewählt, so muß er in Zukunft, wie Leiter und Beamten anderer hoher politischer Posten, von der ganzen Gemeinschaft gewählt werden. Priester unterliegen der Wahl ihrer Gemeinden, warum nicht auch die weltlichen Berater? Richter, die Vergehen abzuurteilen haben, unterliegen der Volkswahl, Führer aber, die vor Vergehen bewahren sollen, brauchen bloß aus dem Kampfe der Schlaueit und Verschlagenheit siegreich hervorzugehen? Nicht nur Eigentümerin der Presse muß die Gemeinschaft werden, sie selber muß sie in den Personen der für eine kurze Amtsdauer gewählten Redakteure lenken. Wählt dann die Gemeinschaft mit Bewußtsein einen Ungeeigneten, darf es ihr niemand wehren; einer „besserwissenden“ und besserwollenden Minderheit bleibt immer die Möglichkeit, sich ein durchaus eigenes Organ zu schaffen, denn mit „Wahl“ ist hier Zustimmungsausäußerung einer Bürgeranzahl und keinerlei Mehrheit gemeint. Dem Staat wird es infolge der Vereinheitlichung des Betriebes ein Leichtes sein, mehrere Zeitungen herauszugeben, weil sie sich einander ökonomisch nicht zu bekämpfen brauchen werden. Als Staatsbeamten müssen die Redakteure fix bezahlt werden, jeder „Nebenverdienst“ ist Bestechung. Nicht für ihr So-Wirken, sondern für ihr Wirken überhaupt werden sie entlohnt, sie haben keine Erhöhung oder Minderung ihrer Einkünfte je nach Art ihres Wirkens zu gewärtigen, nur allein die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit ihrer Wähler. Mit ihrem Gewissen in Frieden lebend, können sie mit Klarheit und Muße die Totalität jedes Geschehens übersehen, ohne die „Konsequenzen“ jeden Augenblick ziehen und abschließen zu müssen. Im Dienst der Gemein-

schaft stehend, suchen die Redakteure sie zufriedenzustellen, wie früher den Privateigentümer. Täuschen sie aber das in sie gesetzte Vertrauen, werden sie nicht wiedergewählt. Nach Ablauf der Amtsdauer wird dem Hauptredakteur der Kontinuität der Erfahrung wegen, für eine Zeit lang, eine beratende Stimme eingeräumt. Der Redakteur aus Beruf ist ein Unding, wie Abgeordneter oder Geschworener aus Beruf. — Die zweite Forderung lautet somit: Redakteure und politische Unterredakteure sollen von der Gemeinschaft für eine zwei- bis dreijährige Amtsdauer durch Zustimmungsausprägung einer Bürgeranzahl gewählt werden.

Der Journalist, ein berufsmäßiger Alleswissler, der sich in jedem unerwartetsten politischen Geschehen, wie wenig er auch seelisch dabei beteiligt ist, „zurechtfinden“ muß, der alles im voraus auf sein Referat hin erlebt, daran arbeitend, bevor das Geschehen noch zu Ende ist, muß zum Schweigen gebracht werden; er bringt Verwirrung mit seinen Konjekturen. In allen Fächern darf eine Zeitung ständige Mitarbeiter haben, nur nicht in der Politik; Redakteure werden fix entlohnt, sonst darf kein politischer Beitrag bezahlt werden. Der bürgerliche Anstand hat zu verbieten, für politische Belehrung Entgelt zu nehmen, oder zu zahlen, geschweige sie als Geschäft zu betrachten. Diejenigen, die dann, ohne Aussicht auf Entgelt, selten aber aus Notwendigkeit der Stunde schreiben werden, jene wirklich Beteiligten, werden aber auch die wirklich Berufenen sein, nicht wie heute Menschen, die außerhalb, oder „über“ der Gemeinschaft stehen: die Gemeinschaft selber wird zu Worte kommen. Dringt die Ueberzeugung durch, daß bei politischen Beiträgen von ehrlichem Entgelt nicht gesprochen werden kann, so wird auch der unehrliche unmöglich. Praktisch politische Erörterungen müssen aus der Not der Stunde hervorgehen, nur gelegentlich betriebene Publizistik ist ehrlich und wirklich erlebt. Die Einrichtung der verantwortlichen Redakteure hat wegzufallen, jeder soll für sich verantwortlich sein. Pseudonymität, halbe oder ganze Anonymität ist unstatthaft, selten steckt Bescheidenheit dahinter. So wird der ungeheuerliche Wust des Zeitungsmaterials auf das Notwendige, wirklich Erlebte reduziert werden. Allmählich wird sich dann bei Berufenen die Pflicht herabilden, in nötigen Fällen das Wort in der Presse zu ergreifen, während es heute Unberufenen überlassen wird. So wird auch die Politik von all der sinnlosen, unwirklichen Spitzfindigkeit geläutert werden. — Die dritte Forderung lautet: Weg mit den berufsmäßigen, bezahlten politischen Journalisten; die einzig Berufenen sind die Gelegenheitspolitiker und Gelegenheitspublizisten, die aus der Gemeinschaft für die Gemeinschaft wirken.

Soll nicht alles vergebens sein, müssen auch die Preßbureau (Informationsagenturen) wie die Presse vom Staat finanziert und durch einen vom ganzen Volk gewählten Leiter geführt werden. Auch die Mitarbeiter dieser Bureau müssen fix bezahlt werden. — Dies die vierte Forderung.

Zur Praxis übergehend, muß dreierlei erörtert werden: Wie werden bestehende Zeitungen verstaatlicht, wie gründet der Staat neue Zeitungen, und wie haben die oben vorgesehenen neuen Zeitungsgründungen privater Initiative und ihre spätere Verstaatlichung vor sich zu gehen. Es soll hier mit dem letzteren begonnen werden, weil es die praktische Ausführung der beiden anderen Fälle zum Teil andeutet.

Jeder, der eine neue Zeitung zu gründen wünscht und für den Anfang die nötigen Mittel besitzt, meldet seine Absicht der Stadtbehörde und darf dann ohne weiteres sechzig Probenummern seiner Zeitung, zunächst von einem beliebigen Redakteur redigiert, erscheinen lassen; so über Absichten und Form der Zeitung hinreichenden Aufschluß gebend. Nach der sechzigsten Probenummer darf die Zeitung eine Wahlliste ihrer Redakteure der nächsten Volksabstimmung vorlegen. Durch Zustimmung einer gewissen (noch zu bestimmenden) Bürgeranzahl werden die politischen Redakteure gewählt, dann darf die Zeitung erscheinen. Erreichen die aufgestellten Kandidaten die nötige Stimmenzahl nicht, muß eine andere Kandidatenliste einer nächsten Volksabstimmung vorgelegt werden, sonst hört die Zeitung auf zu erscheinen. Die Redakteure werden auf die Dauer von zwei bis drei Jahren gewählt und behalten nach Ablauf ihrer Amtsdauer im Interesse ihrer Erfahrungskontinuität für ebenso lange eine gewichtige beratende Stimme, die ihnen nur im Falle einer Mißtrauenskundgebung entzogen wird. Nach den ersten zwei Jahren erstattet die Zeitung dem Staate Bericht über ihre Geschäftslage zur Prüfung. Ist ihre finanzielle Lage gesichert, oder sind dafür Aussichten in naher Zeit vorhanden, so zahlt der Staat den Gründern ihre Kosten und die Zeitung geht in Besitz des Staates über. Da die Gründung neuer Zeitungen nur aus uneigennütigen Motiven erlaubt ist, wird natürlich kein Nutzen bezahlt. Für die ersten zwei Jahre dürfen die Gründer Kandidaten zu Redakteuren vorschlagen; dies ist alles, was ihnen gewährt wird; später wird dies von den Redakteuren und Mitarbeitern, bezahlten wie unbezahlten (politischen), getan. Ist eine Zeitung nach den ersten zwei Jahren nicht gesichert und besteht nur von uneigennütigen Zuwendungen, so kann die Zeitung nur dann verstaatlicht werden und weiter erscheinen, wenn die Zuwendungen auch nach der Verstaatlichung nicht entzogen werden. Privatstiftungen zu Gunsten von Zeitungen nimmt der Staat gerne an, doch räumt er den Stiftern keinerlei Rechte ein. Ist die finanzielle Lage nach dem zweiten Jahr zwar nicht gesichert, doch hat sich ihr Wesen und ihre Gesinnung so bewährt, daß ihr weiteres Erscheinen wünschenswert ist, worüber wiederum eine (noch zu bestimmende) Anzahl Zustimmungen beim Volk einzuholen ist, so übernimmt der Staat trotzdem die Zeitung und läßt sie weiter erscheinen. Hat sich die Zeitung weder geistig oder ethisch hervorgetan, noch finanziell zu sichern vermocht, braucht sie der Staat nicht zu übernehmen, und sie muß ihr Erscheinen einstellen.

Will der Staat von sich aus eine neue Zeitung gründen, läßt er sich vom Stadtrat der Stadt, in der die Zeitung erscheinen soll, eine Wahlliste der Redakteure aufstellen, die dann die Zustimmung eines beträchtlichen Theiles der Stadtbevölkerung bedarf. Dann gibt der Staat die Zeitung auf eigene Kosten, zum eigenen Nutzen, mit Hilfe der gewählten Redakteure und politischen Unterredakteure, der bezahlten und unbezahlten (politischen gelegentlichen) Mitarbeiter, heraus. Kann eine vom Staat gegründete Zeitung nach zwei Jahren von ihren Abonnenten und Lesern nicht bestehen und hat hiefür in naher Zeit keine Aussicht, unterliegt ihr Weitererscheinen der Zustimmung eines Theiles der Gemeinschaft, die bei der nächsten Volksabstimmung einzuholen ist.

Am schwierigsten ist die Lösung der Frage: Wie sollen die bestehenden Zeitungen verstaatlicht werden, wie soll die Wahl unter den „viel zu vielen“ vor sich gehen. Vielleicht ist das Folgende der Anfang einer Lösung. Schreitet eine Stadt zur Säuberung ihres Zeitungswesens, wählt sie eine Kommission, die zunächst die ungefähre Zahl aller Zeitungsläser der Stadt, und wieviele auf jede Zeitung entfallen, ermittelt. Die wenigen meistgelesenen Zeitungen, und jene, deren Existenz auch sonst (etwa durch Privatzuwendungen) gesichert sind, übergehen zwangsweise in Besitz des Staates, der den bisherigen Eigentümern eine gerechte Entschädigung, etwa außer dem faktischen Wert der Einrichtungen u. s. w. noch den Gewinn der nächsten fünf bis zehn Jahre, zahlt. In erster Reihe aber werden jene Zeitungen, ohne Rücksicht auf geschäftliche Umstände, verstaatlicht, deren Gesinnung sich bewährt hat. Für alle diese Zeitungen legt die Kommission eine Wahlliste der Redakteure, dem Volke zur Zustimmung vor. Die bisherigen Redakteure brauchen von der Liste natürlich nicht unbedingt ausgeschlossen zu werden. Alle anderen Zeitungen, die sich weder durch Gesinnung, noch durch äußerlichen Erfolg bewährt haben, müssen eingehen, und ihre Eigentümer bekommen eine gerechte Entschädigung.

*

Der Redakteur ist die Seele einer Zeitung, er gibt ihr den Charakter; der Redakteur ist vom Besitzer abhängig und gewissermaßen von seinen Mitarbeitern. Darum muß die Gemeinschaft selber der Eigentümer, der Redakteur und der politische Mitarbeiter werden. Dies ist der Ausgangspunkt der hier angedeuteten Reformen.

Betont soll werden, daß dem Staat hierdurch keinerlei Einfluß auf den Geist der Zeitung eingeräumt werden will, und daß nur die Wahl der Hauptredakteure und der politischen Unterredakteure einer Volkszustimmung unterworfen wird.

Hervorragende Bürger guten Willens und reinlicher Denkart sollen häufig aufgefordert werden, ihre Ansicht in aktuellen politischen Fragen zu äußern; so wird allmählich das Pflichtgefühl zur spontanen Stellungnahme in der Presse, durchdringen und die Scheu, vor die

Öffentlichkeit zu treten, überwunden. So werden jene verdrängt werden, denen zwar diese Scheu fehlt, aber auch sonst jede Berufung zur politischen Belehrung.

Meir Wiener.

Wilhelm Muehlon.

Im Herbst des Jahres 1916, in einem Zürcher Café, hörte ich aus dem Munde eines der hervorragendsten deutschen Gelehrten den Namen Muehlon zum ersten Mal. Ein bisheriger Direktor der Krupp'schen Werke, der, angeekelt von dem Geschäft mit Mordwerkzeugen, sich davon zurückgezogen und fortan dem Dienst der Menschheit leben wolle. Das machte einen tiefen Eindruck auf mich und spannte meine Neugierde, diesen Mann kennen zu lernen. „Sie werden ihn sehen“, sagte mein Gewährsmann, „er ist jetzt noch irgendwo am Balkan, kommt aber demnächst in die Schweiz, um dauernd hier zu bleiben.“ Ich frohlockte bei dieser Aussicht. Es war gerade in den Jahren vor dem Krieg, als wir Pazifisten in den verschiedenen europäischen Ländern daran gegangen waren, den Virus der internationalen Kriegshege zu entdecken und das ineinander verwickelte System der internationalen Rüstungsindustrie aufzudecken begannen. Wir waren als der Krieg ausbrach gerade soweit, um zu erkennen, auf welcher richtigen Fährte wir uns befanden. Aber auch soweit, um uns klar zu machen, daß wir hier einem geschlossenen Kreis organisierter Interessen von höchster Macht gegenüberstanden, die uns das Eindringen in Vorgänge, die wir ahnten, zum Teil sahen, zum Teil errechneten, hartnäckig verschließen werden, um uns den gerichtsmäßigen Beweis unmöglich zu machen. Wir sahen die Opfer, die bei solchem Beginnen verbluteten, wie Liebknecht in dem berühmten Krupp-Prozeß aus dem Jahr 1913. Jetzt aus diesen Kreisen selbst einen Mitarbeiter zu bekommen, einen Mann, der zu den Eingeweihten gehört und aus Ekel vor dem Getriebe sich von diesem wandte, erschien mir, mitten im Trübsal des Weltkriegs, als ein Glücksfall, als ein Ereignis, das für die schwergeprüfte Menschheit in den Kampf gegen das Mikrobenheer der Kriegsinteressenten von höchster Bedeutung sein könnte. Ein Bakteriologe, der die Lebensbedingungen der Krebszelle oder des Schwindsuchtsbazillus studiert, konnte einer zu erhoffenden Entdeckung nicht sehnsüchtiger entgegenharren, wie ich diesem Wissenden.

Einige Monate später hörte ich, Muehlon sei in der Schweiz. Er käme nach Bern, ich werde ihn kennen lernen. Nun erwartete ich, daß eines Tages ein Auto in meine stille Gasse rasselte, schraubend vor der kleinen Pension halten werde, in der ich mein Kriegsheim aufgeschlagen habe, und dieser Dr. Muehlon mir so in